

Lernen im digitalen Zeitalter: WLAN, Smartboard oder Kreidetafel – welche Technik brauchen wir und wie bilden wir Lehrer*innen dafür aus?

Workshop-Bericht von Anja Feth

Nach dem Vortrag von Stephanie Kaste (Initiative D21, Netzwerk für die Digitale Gesellschaft) zum Stand der digitalen Bildung an deutschen Schulen drehte sich die Diskussion vor allem um drei Fragen: technischer Ausstattungsbedarf der Schulen, personelle Zuständigkeiten in der Gerätwartung und Fortbildungsbedarf des pädagogischen Personals.

In puncto Technik wurde klargestellt, dass es dazu keine Standards gibt. Entscheidend sind das Schulkonzept sowie der Einfluss der Schulleiter*innen. Faktisch sind die Berliner Schulen sehr unterschiedlich ausgestattet, viele davon unzureichend. Dass Lehrer*innen deshalb im Unterricht immer wieder ihre privaten Geräte nutzen, ist nicht zuletzt in Sachen Datenschutz ein Problem. Und: Die beste Fortbildung nützt nichts, wenn das erworbene Wissen mangels Ausstattung im Schulalltag nicht angewandt werden kann.

Beim Thema Gerätwartung waren sich alle einig: Die Lehrkräfte sind an dieser Stelle definitiv überfordert. Besser wäre es, hierfür professionelles Personal von außen zu haben. In den Niederlanden beispielsweise werden die schulischen Geräte von einem IT-Dienstleister gewartet. Zum Fortbildungsbedarf des Lehrpersonals wurde festgestellt, dass dieser generell riesig sei. Viele Lehrer*innen würden sich gerne einschlägig weiterbilden, kämpfen im Schulalltag aber mit ganz anderen Problemen. Die Stichpunkte lauten „Gewalt an Schulen“ oder „Heterogenität im Klassenzimmer“.

Gesellschaftspolitische Brisanz entfaltete die Diskussion spätestens, als es um den Einfluss privater Konzerne ging. Deren punktuelle Investitionen in die Geräteausstattung von Schulen müssten, so forderte ein Teilnehmer, durch den Staat ausbalanciert werden. Stephanie Kaste regte dazu an, dass ein Mittelweg gefunden werden sollte zwischen zwei Extremen, die in Deutschland öfter zu beobachten seien: absolute Gerechtigkeit und gleicher Standard für alle oder Verharren im Stillstand. Wenig entgegen gesetzt wurde der Feststellung eines Teilnehmers, dass die schulische Nutzung von Smartphones bzw. bestimmten Betriebssystemen einzelnen Konzernen Zugang zu den Daten der Schüler*innen verschafft. Vermutlich mangels Alternativlosigkeit: Dies sei eine Frage, die nicht an den Schulen entschieden werde.